

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales

17. Sitzung
15. Februar 2018

Beginn: 10.03 Uhr
Schluss: 12.55 Uhr
Vorsitz: Hakan Taş (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Herbert Mohr (AfD) stellt für die AfD-Fraktion die Frage:

Wie bewertet der Senat das Vorhaben der neuen großen Koalition, einen ‚sozialen Arbeitsmarkt‘ zu schaffen und Langzeitarbeitslose durch einen sogenannten ‚Passiv-Aktiv-Transfer‘ in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren?

Staatssekretär Daniel Tietze (SenIAS) erklärt, SenIAS habe mit Interesse die Passagen über einen sozialen Arbeitsmarkt des Koalitionsvertragsentwurfs zur Kenntnis genommen. Es fehlten jedoch Aussagen zum Geltungsbereich, zum Umsetzungs- und Zeitplan. SenIAS sei erfreut, dass in den Entwurf, die Forderung nach einem Aktiv-Passiv-Transfer aufgenommen sei, die das Land Berlin bereits unter dem damaligen Arbeits- und Wirtschaftssenator Harald Wolf auch in der ASMK gestellt habe. Auf eine schnelle Umsetzung sei zu hoffen, damit Berlin einen sozialen Arbeitsmarkt mit einer Kapitalisierung von Kosten der Unterkunft umsetzen könne.

Herbert Mohr (AfD) fragt nach, wie SenIAS die Auswirkung eines sozialen Arbeitsmarkts auf den regulären Arbeitsmarkt beurteile.

Staatssekretär Daniel Tietze (SenIAS) antwortet, da die konkrete Ausgestaltung des angekündigten sozialen Teilhabemarkts – z. B. die Kriterien Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit – nicht bekannt seien, könne nichts dazu sagen.

Thomas Seerig (FDP) erkundigt sich für die FPD-Fraktion:

Wie bewertet der Senat die Idee, die Broschüre ‚Mietschulden und drohender Wohnungslosigkeit‘ der Landesarmutskonferenz grundsätzlich Mahnungen und Räumungsandrohungen der städtischen Wohnungsbauunternehmen beizulegen, um präventiv gegen Obdachlosigkeit zu arbeiten?

Staatssekretär Daniel Tietze (SenIAS) berichtet, die in einfacher Sprache abgefasste Broschüre vom November 2016 sei auf so großes öffentliches Interesse gestoßen, dass sie vergriffen sei. Im Internet sei sie jedoch herunterzuladen. Das Thema drohende Wohnungslosigkeit betreffe mehrere Senatsressorts und Zuständige u. a. SenJustVA oder die städtische Wohnungsbaugesellschaften. Mit den Akteuren werde derzeit in einer der Facharbeitsgruppen der gesamtstädtischen Strategiekonferenz über geeignete Präventionsmaßnahmen diskutiert, die dann umgesetzt würden. Die Anregungen der Broschüre würden einbezogen.

Thomas Seerig (FDP) fragt nach, ob über SenStadtWohn erreicht werden könne, dass die städtischen Wohnungsbaugesellschaften die Broschüre Räumungsandrohungen beilege.

Staatssekretär Daniel Tietze (SenIAS) weist auf den offenen Diskussionsprozess der gesamtstädtischen Strategiekonferenz hin, in der alle Beteiligten über gemeinsame Lösungsansätze sprächen, über die sich der Senat verständigen werde.

Jörn Jakob Schultze-Berndt (CDU) fragt für die CDU-Fraktion:

Wie bewertet die Senatsverwaltung den bisherigen Stand der Umsetzung des im Sommer 2016 durch den Bundestag beschlossenen Prostituiertenschutzgesetzes in Berlin?

Staatssekretär Daniel Tietze (SenIAS) teilt mit, dass SenGPG zuständig sei. SenIAS habe ein erhebliches Interesse, daran dass die Maßnahmen in Berlin bald umgesetzt würden. Die Verordnungen zu dem am 1. Juli 2017 erlassenen Prostituiertenschutzgesetz seien jedoch erst am 31. Dezember 2017 in Kraft getreten. Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg übernehme dankenswerterweise für alle Bezirke die Aufgaben der Anmeldung, Informations- und Beratungsgespräch und die gesundheitliche Beratung der Prostituierten. Die Strukturen würden derzeit erst aufgebaut. Prostituierte hätten weiterhin die Möglichkeit, sich über einen sog. Anmeldeversuch anzumelden. 1 248 Prostituierte hätten von dieser Übergangsanmeldung Gebrauch gemacht. In dieser Woche habe der Bezirk Tempelhof-Schöneberg die Bescheinigung der Anmeldeversuche für ganz Berlin übernommen.

Jörn Jakob Schultze-Berndt (CDU) weist darauf hin, dass keine Beratungsgespräche stattfinden könnten, da die Stellen nicht besetzt seien und keine Räume dafür bereitstünden. Da keine Ausführungsvorschriften vorlägen, sei auch nicht klar, wer die Kontrollen durchführe. Werde der Senat so der Bekämpfung von Menschenhandel, Zwangsprostitution und sexueller Ausbeutung von Frauen gerecht?

Staatssekretär Daniel Tietze (SenIAS) bemerkt, dem Senat sei bewusst, dass unter Zeitdruck schnell gehandelt werden müsse. Derzeit fänden Besetzungen statt und würden organisatorische Entscheidungen getroffen. SenWiEnBe schließe gerade die Anwendungsempfehlung für die einheitliche Umsetzung des Gesetzes im Hinblick auf gewerberechtliche Anfragen für die Genehmigung des Betriebs einer Prostitutionsstätte ab. Er gehe davon aus, dass die Umsetzung des Gesetzes in Kürze geordnet verlaufen werde.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) erkundigt sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Wie ist der aktuelle Stand der Dialogveranstaltungen „Integration im Dialog“, d.h. in welchen Bezirken hat die Veranstaltung bereits stattgefunden, wie ist der weitere Zeitplan, wie ist die Resonanz auf die Veranstaltung, und wie werden die Ergebnisse aufbereitet und gesichert?

Staatssekretär Daniel Tietze (SenIAS) berichtet, dass bereits neun Dialogveranstaltungen in den Bezirken für die Erstellung des gesamtstädtischen Konzepts zur Partizipation und Teilhabe von Geflüchteten stattgefunden hätten. Neben den Facharbeitsgruppen könnten diese Dialoge auch von der Politik, von der Verwaltung, von der Gesellschaft, von den Geflüchteten geführt werden. Die Veranstaltungen würden vom Bezirk und dem Büro des Integrationsbeauftragten des Landes Berlin organisiert. Die Themen würden gemeinsam ausgewählt. Die Öffentlichkeitsarbeit mache der jeweilige Bezirk. In fast allen neun Veranstaltungen hätten mehr als 100 bis 150 Menschen teilgenommen, die ihre Vorstellungen von einer besseren Teilhabe und Integration von Geflüchteten diskutiert hätten. Die Ergebnisse der Ideensammlung würden auf der Internetseite des Integrationsbeauftragten veröffentlicht und gingen in die Diskussionen des Senats über das gesamtstädtische Konzept ein. Interessant sei, dass die Dynamik der Veranstaltungen und das Interesse manchen Bezirk zur Entwicklung eines eigenen bezirklichen Integrationskonzepts motivieren könne.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) fragt nach, ob die Teilergebnisse der Dialogveranstaltungen auf der Homepage des Integrationsbeauftragten nachzulesen seien.

Staatssekretär Daniel Tietze (SenIAS) bejaht.

Vorsitzender Hakan Taş erklärt die Aktuelle Viertelstunde für abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0006](#)
Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen – Änderung
des Vergaberechts
(auf Antrag der Fraktion der CDU) IntArbSoz
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0010](#)
Arbeitsmarktintegration von Langzeiterwerbslosen
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen) IntArbSoz

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU [0037](#)
Drucksache 18/0358 IntArbSoz(f)
„Lichtenberger Tandem-Job-Programm“ ausweiten
– Arbeitsmarktintegration für Langzeitarbeitslose
und Flüchtlinge fördern WiEnBe

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0047](#)
Situation des Ausbildungsstellenmarktes in Berlin
und mögliche Schlussfolgerungen
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen) IntArbSoz

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 09.11.2017

Verlagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.